

EU-Grenzpolitik

Organisierter Massenmord an Flüchtlingen

Der tödliche Wahnsinn der EU-Grenzpolitik vollzieht sich derzeit in drei Schritten: 1. abwehren, 2. wegschauen und 3. kriminalisieren.

Zur Abwehr der «Botschafter der Ungerechtigkeit» sind ganze Flotten von See- und Luftfahrzeugen unterwegs. Sie haben den Auftrag, die unerwünschten Besucher «zu stoppen und zur Umkehr zu bewegen». Dass es bei den meist nächtlichen Begegnungen zwischen Kriegsschiffen und Flüchtlingsbooten immer wieder Tote gibt, liegt in der Natur der Sache: Wer Migrationsbewegungen mit militärischen Mitteln stoppen will, der nimmt Todesopfer von vornherein in Kauf. Dass die EU-Behörde mit Sitz in Warschau, die diesen organisierten Massenmord koordinieren soll, den Namen *Frontex* trägt, lässt nicht von ungefähr an Ungezieferbekämpfung und Vernichtungsfeldzug denken. Der «Krieg gegen Flüchtlinge» ist längst europäische Realität.

Weggeschaut wird bspw., wenn wieder einmal eines jener jämmerlichen Boote, überladen und vom Kurs abgekommen, in Seenot geraten ist. Dann geben zwar die Seefunkstellen die genauen Koordinaten der driftenden, sinkenden Kähne durch – doch nur in Ausnahmefällen wird versucht, den verzweifelt um ihr Leben kämpfenden Menschen zu Hilfe zu kommen. Aber woher stammen die überaus exakten Positionsangaben in den entsprechenden Navtex-Meldungen (Navigational Warnings via Telex), die auf jedem Schiff empfangen werden? Das Mittelmeer und die Meeresgebiete vor den Kanaren werden von Schiffen, Flugzeugen und Satelliten lückenlos überwacht. Irgendjemand sitzt also vor seinem Radarschirm, seinem Monitor mit Satellitenbildern und beobachtet, wie sich die täglichen Dramen ihrem schaurigen Ende zubewegen – unternimmt aber nichts. Es genügt ja, in aller Ruhe abzuwarten, bis sich der Fall buchstäblich von selbst erledigt hat: keine Spur mehr von Boot und Besatzung, keine Zeugen, keine Anklage wegen unterlassener Hilfeleistung.

Bleibt noch das dritte, hochwirksame Werkzeug des europäischen Grenzregimes: die Kriminalisierung von Flüchtlingen und Helfern. Jene sieben tapferen tunesischen Fischer, die das Leben von 44 Männern, Frauen und Kindern retteten, waren nicht die ersten und sie werden nicht die letzten sein, deren Rettungstat mit Hilfe rigider «Schlepperparagrafen» zur Straftat umgedreht werden soll. Sie fanden sich prompt vor derselben Strafkammer wieder, die auch den «Fall Cap Anamur» verhandelt. Dass nun fünf der sieben Fischer aus der Haft entlassen wurden, ist ein schönes Ergebnis breiter internationaler Solidarität. Aber es ändert nichts daran, dass das brutale Kalkül der Gesetzgeber am Ende doch aufgeht.

Denn die diversen Schauprozesse gegen Lebensretter dienen allzu offensichtlich einzig der Abschreckung von Nachahmungs-«Tätern». Und diese Funktion erfüllen sie auch ohne rechtskräftige Verurteilung. Allein die Aussicht, sich vor Gericht wiederzufinden, wird immer mehr Seeleute davon abhalten, ihrem Impuls zur Hilfeleistung zu folgen. Und die drohende Beschlagnahmung der Fischerboote – einzige Einnahmequelle vieler Familien – tut ein Übriges, die in Todesangst schreienden Schiffbrüchigen ihrem Schicksal zu überlassen.

Flüchtlingskonvention? Menschenrechte? An Europas Grenzen existiert nicht einmal mehr das Menschenrecht auf Leben. Und die EU-Strategen feiern diesen moralischen Bankrott ihrer Grenzpolitik zynischerweise als Erfolg, schließlich kommen ja immer weniger der unerwünschten Migranten auf dem Seeweg bei uns an. Derweil werden die Toten auf dem Meeresgrund, in den Fischernetzen und an den Stränden immer mehr, auch wenn sie in keiner offiziellen Statistik vermerkt sind.

Die Opfer des brutalen EU-Grenzregimes sind zumeist junge Menschen, die in ihrer Heimat keine Perspektiven mehr für sich sehen. Die Verelendung weiter Teile der Welt ist aber unmittelbare Folge (auch) europäischer Politik. Wer aber gewohnheitsmäßig seinen Wohlstand auf die Ausplünderung anderer Kontinente baut, wer durch Agrarsubventionen und Handelshemmnisse den Nachbarregionen die Lebenschancen nimmt und durch seinen (selbst)mörderischen Lebenswandel zum Klimawandel beiträgt, wer schließlich Millionen Menschen aus ihren Heimatländern vertreibt, dem fällt es freilich schwer, sich den Konsequenzen eines solchen Verhaltens zu stellen.

Angesichts von Tausenden Toten und «Verschwundenen» an unseren Grenzen haben wir aber keine andere Wahl. **Elias Bierdel**

Elias Bierdel ist Mitbegründer der Organisation «borderline europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V.», die sich speziell mit den tödlichen Folgen der EU-Abschottungspolitik auseinandersetzt (www.borderline-europe.de).

Aus: SoZ, Nr.10, Oktober 2007

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- kostenlose **Probeausgabe**
 Probeabo (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Name **Anschrift**

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

■ Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.
■ Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.
■ Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerlichen Ge-

sellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

■ Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.
■ Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesellschaft und den sie

zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

■ Da der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

■ Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirklichung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung

der Produzenten und die Selbstorganisation aller, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

■ Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitung tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ